

Ressort: Finanzen

Zeitungsverleger warnen vor Mindestlohn

Berlin, 09.02.2014, 13:41 Uhr

GDN - Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) warnt die Bundesregierung eindringlich vor der "Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns" in Höhe von 8,50 Euro. Die Branche fürchtet 225 Millionen Euro an zusätzlichen Lohnkosten, schreibt der BDZV in einem Brief an mehrere Bundesminister, der dem Nachrichtenmagazin "Focus" vorliegt.

Darin heißt es: "Die Nebentätigkeiten von etwa 16.000 Zustellern wären betroffen und gefährdet." Botenjobs fielen durch die notwendige Vergrößerung der Zustellbezirke weg. Die Zeitungsboten seien überwiegend Minijobber und im Osten bis zu 80 Prozent Hartz-IV-Empfänger. Zudem stelle ein Gutachten des langjährigen Bundesverfassungsrichters Udo di Fabio fest: "Der vorgesehene Mindestlohn greift in die Pressefreiheit ein." Denn zum Schutzbereich der Pressefreiheit nach Artikel 5 des Grundgesetzes gehöre der "Vertrieb von Presseerzeugnissen einschließlich der morgendlichen Zustellung von Zeitungen per Boten".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-29786/zeitungsverleger-warnen-vor-mindestlohn.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com